



Bundeswehrhubschrauber NH90

NIGEL TREBLIN / DAPD

RÜSTUNG

## Untauglich für Afghanistan

Die Regierung gerät wegen technischer Probleme beim Bundeswehrhubschrauber NH90 in die Kritik: „Es ist ein Skandal, dass die Bundesregierung den Soldaten in Afghanistan immer noch nicht funktionsfähige Helikopter zum Verletzentransport zur Verfügung stellt“, sagt der Grünen-Fraktionsvorsitzende Jürgen Trittin; der SPD-Politiker Hans-Peter Bartels beklagt ein nicht funktionierendes „Prestigeprojekt“. Konkret geht es um Mängel des Transporthubschraubers bei Funk, Navigation und Software. Diese machen den Einsatz des Fluggeräts bei einigen Missionen unmöglich. Im Juni hatte das Geschwader in Masar-i-Scharif in einem Sachstandsbericht an das Einsatzführungskommando über die Probleme ge-

klagt. Bis heute konnten diese nicht gelöst werden. Insbesondere seien die Maschinen nicht mit Funkgeräten ausgerüstet, die verschlüsselte Kommunikation erlaubten. Solche Hubschrauber könnten aber nur eingeschränkt verwendet werden, schreibt das Einsatzgeschwader in dem Bericht. Der NH90 soll vermehrt verwundete Soldaten retten, wenn die USA die Zahl ihrer Hubschrauber wie geplant reduzieren. Die Auslieferung der vier stationierten NH90-Hubschrauber hatte sich wegen technischer Probleme mehrfach verzögert. Bereits im Frühjahr hatte es Diskussionen um den modifiziert auch als Marinehubschrauber einsetzbaren NH90 gegeben, der bei den Seestreitkräften wegen begrenzter Fähigkeiten umstritten ist.

JUSTIZ

## Geld aus dunklen Quellen

Berlins Justizsenator Thomas Heilmann (CDU) will es dem Staat erleichtern, das Vermögen von Straftätern zu beschlagnahmen. „Die Organisierte Kriminalität verfügt über eine erhebliche Wirtschaftsmacht“, schreibt Heilmann in einem Brief an seinen Innen-senatskollegen Frank Henkel (CDU). Aber es sei schwierig, auf kriminelles Vermögen zuzugreifen. Die illegale Herkunft der Gelder sei oft schwer

nachweisbar, weil sie „auf Tausenden einzelnen Bargeschäften ohne Buchhaltung“ beruhten. Der Justizsenator regt deshalb eine Verschärfung des Prozessrechts sowie eine Klarstellung im Grundgesetz an: Das Eigentumsgrundrecht solle dahingehend geändert werden, dass „durch Straftaten erlangtes Eigentum“ nicht von der Verfassung geschützt sei. Noch lieber würde Heilmann festlegen, dass Strafverfolger Vermögenswerte schon konfiszieren können, wenn sie lediglich eine „auf konkrete Tatsachen gestützte Vermutung“ hätten, dass das Geld bei schweren Straftaten erlangt wurde.

GEHEIMDIENSTE

## Anrufe beim Schwager

Zwei offenbar unbescholtene Deutsche sind ins Visier der amerikanischen CIA, des Bundesnachrichtendienstes und des Verfassungsschutzes geraten. In einer Anfrage an das „Projekt-6-Team“, in dem die drei Dienste zusammenarbeiteten, erbat die CIA 2010 Informationen zu einer Person aus Deutschland, die einen „nicht identifizierten Gefährten“ eines Qaida-Mitglieds angerufen haben sollte. Allerdings könne man auf Basis „der gelieferten Adress- und Telefoninformationen“ den namentlich genannten Anrufer nicht identifizieren. Nach SPIEGEL-Recherchen handelt es sich bei dem Anrufer auf der angeblichen Dschihadisten-Nummer um einen Beamten aus Rheinland-Pfalz. Auf Anfrage bestätigte der Mann Anrufe in einem arabischen Land. Jedoch telefonierte er nicht mit einem Qaida-Aktivisten, sondern mit seinem Schwager. Dieser war damals Lehrer am Goethe-Institut in dem betroffenen Land.



HOLGER HOLLEMAN / DPA

Schröder bei Kita-Besuch in Hannover

KINDERBETREUUNG

## CDU will Qualitätsgesetz

Das Bundesfamilienministerium arbeitet an einem Entwurf für ein Kita-Qualitätsgesetz. Derzeit lässt das Haus von Ministerin Kristina Schröder (CDU) einen Verfassungsrechtler prüfen, in welchem Umfang die Festlegung bundesweiter Standards mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Länder und Kommunen pochen auf ihre Zuständigkeit für das Thema frühkindliche Bildung. Die Länder dürften wohl einheitliche Standards akzeptieren, wenn sich der Bund als Gegenleistung stärker am Betrieb und Ausbau von Kitas beteiligt. Ein entsprechendes Wahlergebnis vorausgesetzt, soll das Gesetz bereits in den Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl eine Rolle spielen.